

# Programmieren oder Stricken?

Zugunsten von Informatik soll in den Basler Sekundarschulen beim Gestalten gekürzt werden.

Maria-Elisa Schrade

Anfang Februar verkündete das Basler Erziehungsdepartement (ED), es wolle in der Sekundarschule «Medien und Informatik» als eigenes Schulfach einführen. Zwar wird dieser Themenbereich bereits fächerübergreifend in Primar- und Sekundarschule in den Unterricht integriert. Doch das ED ist offenbar der Ansicht, dass zur Ausbildung digitaler Kompetenzen, wie sie heutzutage in Schule und Beruf gefordert werden, ein eigenes Schulfach der bessere Weg ist.

Aus diesem Grund führt das ED das neue Fach bereits im kommenden Schuljahr auch in der 5. und 6. Klasse der Primarschule ein. In der Sekundarstufe I soll «Medien und Informatik» ab 2024/25 in den ersten beiden Schuljahren mit einer Lektion pro Woche Pflichtstoff und im dritten Schuljahr ein Freifach werden. Ausserdem wird künftig mehr Wert auf frühe Mathematikförderung gelegt: Im ersten Sekundarschuljahr kommt eine Lektion dazu, die im dritten wieder kompensiert wird.

## Lehrpersonen wollen bei Praktischem nicht kürzen

Damit aber die Schülerinnen und Schüler beim Übergang in die Sekundarschule nicht mehr Unterricht stemmen müssen, will das ED zum Ausgleich die Fächer «Technisches Gestalten» und «Textiles Gestalten» im ersten Sekundarschuljahr zusammenlegen und im selben Zug in diesem Bereich zwei Wochenlektionen streichen.

Doch dagegen regt sich vonseiten der Lehr- und Fachpersonen heftiger Widerstand. Denn einerseits sind die geplanten Stundentafelanpassungen in der Sekundarschule für die betroffenen Lehrpersonen mit reichlich Kürzungen verbunden. So sollen künftig die Fächer «Textiles und Technisches Gestalten» und «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» (WAH) statt in Halb- in Ganzklassen unterrichtet werden, was für Lehrpersonen den Wegfall



Technisches Gestalten ist wichtig für räumliches Verständnis – finden auch Mathematiklehrpersonen (Symbolbild).

Bild: Sabine Kuster

«Das ED und die Wirtschaft wünschen sich schulisch gut gebildete Jugendliche, die eine Berufslehre anstreben.»

Lehrperson  
in einer Umfrage des KSBS

von sechs Lektionen pro Woche bedeutet und einige logistische Schwierigkeiten mit sich bringt.

Andererseits werden auf diesem Weg ausgerechnet in den Fächern Ausbildungsumfang und -qualität reduziert, die aus Sicht vieler Lehr- und Fachpersonen insbesondere für Schülerinnen und Schüler im Leistungszug A wichtig sind, um praktische Fähigkeiten und Interesse an handwerklichen Ausbildungen zu entwickeln.

So schreibt eine Lehrperson in einer durch die Kantonale Schulkonferenz Basel-Stadt (KSBS) zur Stundentafelanpassung durchgeführten Umfrage: «Das ED und die Wirtschaft wünschen sich schulisch gut gebildete Jugendliche, die eine Berufslehre anstreben. Diese Jugendlichen müssen neben theoretischem Wissen auch praktische Fähigkeiten entwickeln.» Tatsächlich betont der

Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP) bei jeder Gelegenheit, der zunehmenden Akademisierung in der Gesellschaft entgegenwirken und Berufsausbildungen wieder mehr stärken zu wollen.

## Auch Einsparungen von Personalkosten sind Thema

Auf diesen Widerspruch angesprochen, heisst es aus dem Erziehungsdepartement: «Der Fachbereich Gestalten ist uns wichtig.» Aber: «Rückmeldungen aus der Berufsbildung zeigen, dass Schülerinnen und Schüler auch in Deutsch und Mathematik über gute Kenntnisse verfügen müssen.»

Umgekehrt stellt sich die Frage, ob die geplante Stundentafelanpassung tatsächlich derart die Integration und Berufsaussichten schulisch schwacher Schülerinnen und Schüler beeinträchtigt, wie im Antwortschreiben

der KSBS auf die Konsultation des Erziehungsdepartements sowie der dazu durchgeführten Umfrage suggeriert wird.

Immerhin bleibt Französisch auch im A-Zug als Wahlfach erhalten, Hauswirtschaft wird im Umfang nicht gekürzt, sondern in grösseren Gruppen unterrichtet, und Technisches und Textiles Gestalten finden bereits ab dem zweiten Sekundarschuljahr wieder getrennt und im bislang gewohnten Umfang statt.

Doch im Streit um die Änderung der Stundentafel geht es noch um einen anderen Punkt: «Das ED spricht von einer <kostenneutralen> Massnahme, was zwar korrekt ist, aber die Tatsache der Einsparungen nicht benennt», sagt Simon Rohner, Präsident der KSBS. Diese erfolgen zulasten der Lehrpersonen und werden offensichtlich nicht komplett zugunsten der Schülerinnen und Schüler umverteilt.